



Antrag an den Kreistag Sitzung am 29.11.2023

Antragsteller: Kreistagsfraktion AfD/Endert

Beratungsgegenstand: Sachleistungen statt Geldleistungen

Sehr geehrter Herr Landrat,

die AfD-Kreistagsfraktion Jerichower Land, stellt hiermit den Antrag, den Leistungsbezug für alle Asylbewerber im Landkreis Jerichower Land auf eine Ausreichung von Sachleistungen anstelle von Geldleistungen umzustellen. Ferner sind für ausreisepflichtige Asylbewerber und Asylbewerber ohne Reisedokumente nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) spätestens bis zum 30.06.2024 Leistungskürzungen vorzunehmen.

Der Kreistag möge im einzelnen beschließen:

1. Der Kreistag beauftragt den Landrat, das Sachleistungsprinzip entsprechend §3 AsylbLG und §53 Asylgesetz (AsylG) im Landkreis Jerichower Land für Asylbewerber zu prüfen und spätestens bis zum 30.06.2024 umzusetzen.
2. Der Kreistag beauftragt den Landrat, Leistungskürzungen für alle abgelehnten Asylbewerber nach Asylbewerberleistungsgesetz zu prüfen und spätestens bis zum 30.06.2023 umzusetzen.
3. Der Kreistag beauftragt den Landrat, Leistungskürzungen gem. § 1a AsylbLG für alle Asylbewerber ohne Reisedokumente, besonders jene mit einer dadurch laufenden Duldung, zu prüfen und spätestens bis zum 30.06.2024 umzusetzen.

Begründung:

Der anhaltende Flüchtlingsstrom, vor allem auch aus dem Orient und Afrika, stellt unsere Gesellschaft vor gravierende Probleme.

Aktuell zeigt sich, dass wir durch die unkontrollierte Zuwanderung ein großes Problem mit dem importierten Antisemitismus haben. Die gesellschaftliche Akzeptanz ist dadurch dramatisch gesunken. Der Unmut steigt, die innere Sicherheit sinkt und der soziale Frieden ist in Gefahr.



Durch die hohe Zahl abgelehnter Asylbewerber und Asylbewerber ohne Reisedokumente im Landkreis müssen deren Unterlagen zügig und zeitnah geprüft und restriktiv Leistungskürzungen nach Asylbewerberleistungsgesetz eingeleitet und umgesetzt werden.

Mit den Leistungskürzungen wird ein deutliches Zeichen gesetzt, dass eine Nicht-Mitwirkung im Verfahren nicht geduldet und alle rechtlichen Möglichkeiten vollumfänglich ausgeschöpft werden.

Zudem ist eine Umstellung auf das Sachleistungsprinzip notwendig, um Transferzahlungen von deutschem Steuergeld zu unterbinden. Der Anreiz mit Geldzahlungen aus Deutschland heraus in die Heimatländer wird massiv ausgenutzt und muss auf kommunaler Ebene unterbunden werden.

Mit diesen Maßnahmen wird ein klares Zeichen gesetzt, dass die Solidargemeinschaft zur Hilfe bereit ist, aber keine Anreize setzt, das deutsche Sozialsystem auszunutzen.

Es ist an der Zeit endlich zu handeln. Vorgeschobene Abwehrbegründungen können aufgrund der dramatischen Lage nicht mehr akzeptiert werden.

„Wer etwas will, findet Wege. Wer etwas nicht will, findet Gründe.“

Gordon Köhler

Fraktionsvorsitzender